Monatlich in Stadt und Land



Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 16

Februar 1993

Bitte 1 DM

Schluß mit ABM - Jugendweihe, Mieter - und Kulturbund tot ?

ren, wenn man hört, welche ABM-

Die Brandenburger Regierung ist Stellen in Cottbus der von Bonn verstolz, Tausende ABM-Stellen u.a. für ordneten Kürzung zum Opfer fallen die Resanierung der Lausitzer Braun- sollen bzw. schon gefallen sind: Nämkohlelandschaft gerettet zu haben, war lich die solcher Verbände, die bisher neulich zu lesen. Wir auch. in echter Interessenvertretung ost-Nur mit Protest aber kann man reagie- deutscher Bürger gewirkt haben!

(Fortsetzung auf Seite 2)

Großartig, die Lichterkette gegen Ausländerhaß, aber ...

Den Anlaß aus den Augen verloren

Vor 60 Jahren Nazi - Fackelzug in Cottbus

kette in Cottbus am 31. Januar gegen gemacht, daß 60 Jahre zuvor der deut-Ausländerfeindlichkeit. Allerdings: Wären alle die, die jetzt den Mund und damit ein Regime installiert hat, auftaten, schon im Dezember dabei- das in nie gekanntem Ausmaß Mengewesen, als das Gerechtigkeitskomi- schenvernichtung betrieb. Und genau tee aufrief - Cottbus hätte von sich am 30. Januar vor 60 Jahren huldigten reden gemacht!

Leider haben viele Vorbereiter, denen ich zahlreiche Offizielle zugesellten, den aktuellen Anlaß völlig aus den Augen verloren. Denn echten Sinn hätte es gemacht, am 31. Januar gegen

die Gefahr des Neo-Nazismus, gegen na-Ğrößentionalen wahn und Chauvinismus zu demonstrieren. Das wäre das Gebot der Stunde gewesen! Nur die 4

Eine großartige Sache, diese Lichter- PDS hat wirklich darauf aufmerksam sche Faschismus die Macht ergriffen Tausende Cottbuser mit einem Fakkelzug dem "Führer", sprach Kreis-leiter Pollack auf einer Massen-kundgebung und feierte den Nationalsozialismus.

Leider wissen wir aus der eigenen den Rechtsruck in der BRD, gegen Vergangenheit: Wenn Offizielle die

Massen auf die Beine bringen, ist es noch immer um den Erhalt der bestehenden Macht und nie um deren Wandlung oder Abschaffung gegangen!

Das war damals so - und heute!

argus

In dieser Ausgabe

Seite 2: Neues vom

Landesparteitag

Seite 4: Wer hinter der unab-

hängigen LR steht

Seite 5: Der Mietspirale machtlos

ausgeliefert?

Seite 6: Der "Bote" weiß alles

Beilage: Gesundheitsstruktur /

Reisen

CDU im Stadtparlament:

Soldaten - Skulptur muß schnell weg!

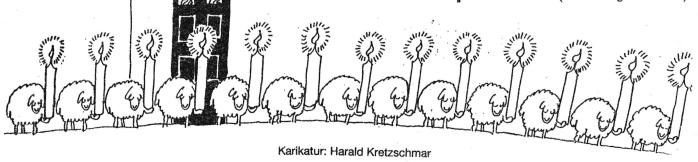
... damit der Herr Rektor nicht wehmütig wird

Sie hat nicht die Größe des Lenin-Denkmals in Berlin, nicht die geschichtliche Dimension der Chemnitzer Marx-Büste oder die nachdenkliche Schönheit der Wovski'schen Plastiken: die Soldaten-Skulptur von Gerhard Thieme auf dem Cottbuser Karl-Marx-Platz, vor dem ehemaligen Haus der NVA. Aber ihr Makel ist ähnlich unübersehbar: Sie erinnert an die DDR, ihren Alltag, ihr Friedensstreben. Und deshalb muß sie weg! Wie der ganze Karl-Marx-Platz! So wollte es jedenfalls die Cottbuser

CDU-Fraktion, die dafür im Stadtparlament Punkte sammelte. Vom Künstler war da natürlich gar keine Rede. Der wurde auch im Antrags-Papier glatt unterschlagen. Kann man ja von keinem CDU-Menschen verlangen, daß der Gerhard Thieme kennt, der u.a. durch Arbeiten im Berliner Nicolai-Viertel von sich reden machte.

Also weg mit den etwas tolpatschigen Soldaten-Gestalten, ersparen wir dem Rektor der TU ihren Anblick. Der hat ia seine Aktivitäten bekanntlich vom Westberliner Frauenhofer-Institut nach Cottbus verlegt und will nun künftig seinen Sitz am Karl-Marx-Pl...

(Fortsetzung auf Seite 2)



Erste Eindrücke vom PDS - Landesparteitag :

PDS - Kreisvorsitzende Kerstin Bednarsky, Landtagsabg.:

Das Wahlprogramm steht

Kerstin, wahrscheinlich bist du noch totmüde nach dem anstrengenden Wochenende. Sagst du den Herzblatt - Lesern trotzdem, wie dir der Parteitag gefallen hat?

Na klar, bin ich ihnen doch schuldig! Ich hab ja schon manchen Parteitag erlebt, der sich in endlosen Debatten zur Geschäftsordnung und sinnlosen Streitereien erschöpfte. Diesmal ging's andersrum. und das hat mich echt beeindruckt. Bewußt und diszipliniert arbeiteten die Delegierten am Rahmen-Wahlprogramm für die 1993 bevorstehenden Kommunalwahlen, so daß es der Parteitag schließlich annehmen konnte. Damit sind wir die erste Partei im Lande Brandenburg mit einem solchen Programm.

Trotz der Disziplin war Stimmung auf dem Parteitag? Wir hörten da was von "Wir sind des Biskys Roter Haufen"... Ach, du meinst das Lied! Die Uberraschung war uns übrigens voll gelungen! Gerald Galga aus Spremberg und ich, wir beide hatten gemeinsam ein kleines Kulturprogramm vorbereitet, mit allerlei Liedern. Das trugen wir nach Biskys Rede vor, und dazu gehörte eben auch der "Rote Haufen". Daß da mitgesungen wurde, ist klar.

Was hat dich aufgeregt? Gefallen hat mir nicht, daß sich Lothar Nicht, einer der drei Kandidaten für den Vorsitz, vor der Presse ziemlich vergnatzt geäußert hat, als er durchgefallen war. Wir mußten ihn regelrecht drängeln, daß er den Geschäftsführer wieder übernimmt.

Was hälst du von dem neuen Vorsitzenden Helmuth Markov?

Der weiß was er will, eiert nicht ewig rum und kommt schnell zu praktischen Taten. Ich kenne ihn aus dem Landtag. Ein großer Theoretiker ist er nicht, aber ein Wirtschaftsexperte, der letzten Endes weiß: So, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem heute ist, kann es die Menschheit nur ruinieren. Und deshalb bietet er Alternativen an. Was mir an ihm nicht so gefällt: Er hält an seiner Meinung stur fest, man braucht tausend Argumente, um ihn zu überzeugen, daß er mal nicht recht hat.

Nochmal zurück zum Wahlprogramm: Warum als "Rahmen"?

Weil die Kreisvorstände es nach ihren örtlichen Gegebenheiten ausfüllen sollen, damit's konkret wird. Es setzt 13 Schwerpunkte. So formuliert es im sozialen Bereich durchaus andere Aufgaben als die Bonner Regierung mit ihrer Streichliste. Wir fordern z.B. Kindergärten kostenlos, bezahlbare Mieten, erschwingliche Eigentumswohnungen, ein Landesbauprogramm mit sozialem Fluidum. Aber darüber werden wir ja noch ausführlich reden.

Liebe Leser! Schreibt uns eure Meinung zum Landes - und Bundesparteitag!

Schluß mit ABM

(Fortsetzung von Seite 1)

Das betrifft den Mieterbund, die Volkssolidarität, den Arbeitslosenverband, den Jugendweiheverein, den Kulturbund, den Demokratischen Frauenbund, auch die Puppen-bühne "Regenbogen"! Die Hintergründe liegen auf der Hand: Bewegungsunfähig will man erstens jene machen, die Überbleibsel der geistigen Kultur der DDR bewahrt und erneuert haben. Und zum zweiten sollen iene Kräfte zerstört werden. die wie Mieterbund und Arbeitslosenverband versuchen, die brutalen Auswirkungen der Marktwirtschaft auf die Menschen ein-

zuschränken. Die Stadtverwaltung sieht tatenlos zu - kein Wunder bei d e r Koalition!

Da hilft nur noch Protest nach Bonn!

Gisela Bergmann : Haargenau analysiert ...

... die Sache mit dem Solidarpakt

Herzblatt einen Tag nach dem Landesparteitag: Gisela, gestern noch in Neuruppin, heute erste Aufarbeitung der Eindrücke - was erzählst du als erstes ?

Hier unterm Arm hab ich die Gysi-Rede. Der hat wieder den Nagel auf den Kopf getroffen. Besonders mit dem, was er zum Solidarpakt gesagt hat.

Was denn?

Na, so sinngemäß: Da gibt es jetzt so ein Lieblingsthema in der Bundeshauptstadt - den sogenannten Solidarpakt. Zunächst haben alle gedacht, es soll um Solidarität zwischen den Menschen in Ost und West gehen. Inzwischen hat sich herausgestellt, wir sollen uns

alle solidarisch zur Bundesregierung verhalten. Ich finde, das hat sie nicht verdient! Dieser Pakt hat mindestens zwei entscheidende Mängel. Der erste - noch keiner hat gesagt, wofür die Mittel denn nun wirklich ausgegeben werden sollen. ...

Da hat er aber wahrhaftig recht, der Gysi.

Gisela, du warst über die Landes-AG Senioren zum Parteitag delegiert. Welche Rolle spielten die Anliegen der Senioren dort? Ne riesige nicht. Wir haben je-

Ne riesige nicht. Wir haben jedenfalls gefordert, den Senioren mehr Möglichkeiten zu geben, sich zurechtzufinden. Dr. Lucie Haupt hat in der Diskussion darüber gesprochen. Ich werde mich dafür einsetzen, daß in den Kreisen, wo es noch keine AG Senioren gibt, welche gebildet werden. Und am 15. Februar wollen wir in Cottbus eine Beratung machen mit all jenen, die Sonderversorgungsrentensystemen angehörten und die darum betrogen werden sollen.

Worüber hast du dich besonders gefreut auf dem Parteitag?

Daß unser sorbischer Delegierter, Benno Bauer, doch noch Gelegenheit erhielt, in der Diskussion zu sprechen. Viele Brandenburger kennen doch die Sorben kaum. Dabei ist es wichtig für die PDS, auch unter ihnen wieder mehr Akzeptanz zu gewinnen.

Soldaten-Skulptur..

(Fortsetzung von Seite 1)

(Verzeihung, dann soll e natürlich Universitätsplatz heißen) nehmen.

Böswillige behaupten ja, man bräuchte Pilot, Panzermann und Sandlatscher von Thieme nur irgendwie in die Bundeswehr zu transferieren. Dann würde sie der Herr Rektor schon akzeptieren. Aber das ist natürlich grober Unfug. Entbehrt das Gerücht doch jeglicher Grundlage, daß er und sein Westberliner Stamm-Institut in so enger und ach so günstiger Weise mit Messerschmidt-Boelkow oder anderen Größen der BRD-Militärindustrie liiert seien ...

Sozialkūrzungen unzumutbar!

Aus der Rede von Lothar Bisky auf dem Landesparteitag der PDS

Die erste politische Aussage dieses Landesparteitages Brandenburg sollte sein: Wir sagen Nein zur Bonner Mogelpackung, die sie irreführend als Solidarpakt verkaufen will. Zugleich will ich an dieser Stelle meinen Respekt der Mehrheit der SPD-Fraktion des Landtages Brandenburg sowie den Abgeordneten von Bündnis 90 ausdrücken, die der eindeutigen Formulierung unserer Fraktion für die Entschließung des Landtages Brandenburg zum Solidarpakt zustimmten und ihr damit zur Mehrheit verhalfen. Die Formulierung lautet: Kürzungen bei Al-Arbeitslosengeld, tersübergangsgeld, Unterhaltsgeldern, Arbeitslosenhilfe, Lohngeldern, Sozialhilfe und Soldatenbezügen weisen wir als unzumutbare Benachteiligung der Menschen in Ost und West zurück. Die Politik der Landesregierung ist an diese Entschließung gebunden, und wir werden das mit größter Aufmerksamkeit kontrollieren. Der sogenannte Solidarpakt ist eine Kriegserklärung an die sozial Schwachen. Wir werden in und außerhalb der Parlamente Widerstand dagegen leisten.

Die zweite politische Aussage, die wir von diesem Parteitag aus geben sollten, ist der Protest gegen die praktische Beseitigung des Rechts auf politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Die Koalitionsparteien in Bonn und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands peitschen seit Beginn lieser Woche die völlige Aushöhlung des Asylrechts wie eine Art Notstandsgesetzgebung durch den Bundestag. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus werden durch den deutlichen Rechtsdruck im politischen bundes-Kern der deutschen Gesellschaft und ihrer herrschenden Partei nicht schwächer,

Und damit komme ich zum euch vorliegenden Rahmenwahlprogramm. Der Wahlkampf hat längst begonnen, besonders in den Koalitionsparteien des Landestages. Mit dem Rahmenwahlprogramm, das euch vorliegt, wollen wir uns im Landesverband zu grundlegenden politischen Schwerpunkten für die Kommunalpolitik bekennen. Die zahlreichen Anträge zum vorliegenden Entwurf zeigen, daß mit viel Interesse und Verantwortung am Ent-

wurf gearbeitet wurde. Die konkrete

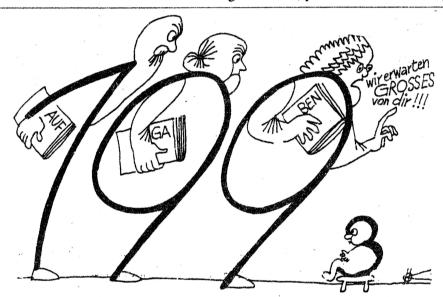
sondern eher gestärkt!

Ausgestaltung der örtlichen Wahlprogramme wird natürlich in Verantwortung der Mitglieder und Sympathisanten in den Städten, Gemeinden und Kreisen erfolgen. Und auch dieses Programm wird nur so gut sein, wie es uns gelingt, es vor Ort konkret durchzusetzen und auch mit Gesichtern auszustatten.

Wir müssen mit geeigneten Mitteln parlamentarisch und außerparlamentakämpfen gegen Demokratieabbau wachsenden Land, vor allem im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen in den neuen Kreisen. Die

nicht unbedingt für die Kreistage, aber für die vielen Gemeindevertretungen in den ländlichen Regionen. In den meisten der Dörfer sind Parteien, auch die PDS, nicht mehr vertreten. Das müßte uns nachdenklich stimmen. Das ist auch eine große Chance, die wir nutzen können, um, verbunden mit einem großen Einsatz der Basis, parteiübergreifende Politikangebote für die BürgerInnen anzubieten.

Unser Verständnis für Kommunalpolitik hier im Land Brandenburg ist: Wir bleiben eine linke, kritische, konstruktive Opposition, und wir sind zugleich bereit, politische Verantwortung



Karikatur: Harald Kretzschmar

unheimlichen Distanzen machen manchen Bürgern Angst, wahrscheinlich haben sie recht. Wir müssen eintreten für die Schaffung von Voraussetzungen für eine tatsächliche kommunale Selbstverwaltung, für die Stärkung der Volksvertretungen als oberste Willensund Beschlußorgane in den Kommunen.

+++

Wir sollten nicht müde werden, das im Herbst 1989 erreichte Maß an unmittelbarer direkter Demokratie politisch immer wieder einzufordern und nicht in einer sehr abstrakten Vertreter - Demokratie untergehen zu lassen. Wir brauchen, das ist eine nicht ganz unwichtige Frage, genügend PDS-Mitglieder und SympathisantInnen, die für die PDS und mit oder ohne Linke Liste kandidieren. Und darin sehe ich ein großes Problem,

im Bürgerinteresse zu übernehmen. Wir müssen öffentlich Politik entwikkeln und in der Öffentlichkeit agieren.

+++

Habt keine Scheu vor den Medien! Das bringt nichts, auch wenn sie manches falsch sagen oder nicht so sagen, wie man es sich gedacht hat.

+++

Medien werden gemacht von Journalisten, und da gibt es in allen Organen gute, seriöse und welche, die etwas schlampern.

Versucht zu seriösen Journalisten seriöse Arbeitskontakte herzustellen. Vergnatzt in der Ecke zu sitzen, das geht nicht!

WER IST WER in der Cottbuser Geschäftswelt?

LR gehört den Holtzbrincks

Der drittgrößte deutsche Mediengigant (nach Springer und Grunert & Jahr) ist die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH, Stuttgart. Sie hat über den Brückenkopf "Saarbrücker Zeitung" 1990 die "Lausitzer Rundschau" erworben und ist mit dem Kauf des Berliner "Tagesspiegels" 1992 auch in den hart umkämpften Berliner Zei-

tungsmarkt eingedrungen.
Die Holtzbrinck-Gruppe ging aus der Buchgemeinschaft "Deutscher Bücherbund" hervor, die wiederum auf die 1877 in Stuttgart gegründete "Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens" zurückzuführen ist. 1937 hat Georg von Holtzbrinck (1909 - 1983) im Zuge der Arisierung die für das Bildungsbürgertum und breite Kreise des Proletariats bedeutende Zeitschrift des Gründers Hermann Schönlein "übernommen".

Heute beherrscht Holtzbrincks ältester Sohn Georg Dieter das Medienimperium; Tochter Monika Schoeller ist Eigentümerin und Chefin des renomierten S. Fischer Verlages. Zusammen mit dem jüngeren Sohn Stefan bilden alle drei die Gesellschafter des Familienclans.

Ist der Fischer Verlag das Flaggschiff, so gehört teils oder ganz eine ganze Verlagsflotte zur Holtzbrinck-Gruppe: Kindler, Rowohlt, Droemer, Knaur, Goverts, auch der Schroedel Schulbuch Verlag und die Spektrum Akademische Verlagsanstalt, ebenso drei Verlage in New York.

Holtzbrinck, Mitte der achtziger Jahre noch an vierter Stelle der deutschen Medienriesen, hat sich zu dieser Zeit mit Erfolg ins Zeitungs-, Funk- und Fernsehgeschäft geworfen. So arbeitet sein Kapital in der Handelsblatt-Verlagsgruppe, in neun Radiosendern Süddeutschlands und in den Antenne-Anstalten Thüringens und Sachsen-Anhalts, in mehreren Fernsehproduktions-Gesellschaften und in VOX sowie (zu 15 %) in SAT 1.

An der 1761 gegründeten "Saarbrükker Zeitung" hat die Verlagsgruppe mit 52,33 % den bestimmenden Anteil. Deren Geschäftsführer Uwe Jacobsen, Rudolph Bernhard und Udo Ricke bestimmen seit 1990 auch Profil und Ideologie des früheren SED-Bezirksorgans. Der verordnete Expansionsdrang hat bisher nur geringe Geländegewinne in den Kreisen Niesky und Wittenberg und eine Niederlage im Kreis Eisenhüttenstadt ein-



gebracht. Für die hohe Weiterbeschäftigungsrate (über 75 %) der Belegschaft von Redaktion, Verlag und Druckerei sprechen vor allem drei Gründe: der relativ stabil gebliebene Abonnentenstand (rund 220 000), die nach dem Rücktritt der Chefraktion 1989 frei gewählte neue Leitung des damals noch nicht verkauften Treuhand-Unternehmens und die mit zunehmendem Druck aus Saarbrücken an marktwirtschaftliche Regularien angepaßte Geschäftsleitung unter Führung von Bernd Hartmann aus Saarbrücken, Bernhard Liske, früher Druckerei-Direktor, und Evelin Sobottka, vor der Wende stellvertreten-Verlagsdirektorin und SED-Sekretär einer Abteilungsparteiorganisation der LR. Wie die Saarbrücker Zeitung im Saarland besitzt heute die LR in Südbrandenburg, an Mittel-Elbe und Elster sowie in der nördlichen Oberlausitz mit ihren 16 Geschäftsstellen und über 480 Mitarbeitern das Zeitungsmonopol.

Hickhack um ein Ausbildungszentrum

Als 1990 abzusehen war, daß die Paul-Hornick-Kaserne im Süden der Stadt von der Bundeswehr geräumt würde, bewarb sich auch die Handwerkskammer um einen Teil des Objektes mit dem Vorhaben, hier ein Ausbildungszentrum einzurichten. Doch erstens mahlen die Mühlen der Bürokratie langsam und zweitens wollten die Landesverkäufer noch tüchtig abschröpfen: 100 DM je Quadratmeter. Das hätte das Aus des Projektes bedeutet, denn für die etwa 30 000 Quadratmeter Baufläche hätte die Handwerkskammer erst einmal 3 Millionen Mark auf den Tisch legen müssen. Ob die Wessis, die rund um und in der Stadt bauen, ähnliche Bescheide erhielten, ist kaum zu glauben, denn dann hätten sie wohl die Finger von solchen gewinnbringenden Objekten

Sei es wie es sei - das Oberhaupt der Stadt, OB Kleinschmidt, fuhr mit seinem Vorschlag, die Kosten mehr als zu halbieren, seinen Amtskollegen in die Parade und beschwor sie, den geringeren Verkaufspreis für die Errichtung des Berufsausbildungs- und Technologiezentrums als "Sonderwirtschaftsförderung" für die weitere Entwicklung des Handwerks zu betrachten.

Dennoch: mehr als zwei Jahre Zeit gingen dem hiesigen Handwerk für den Aufbau dieses Ausbildungszentrums verloren. Immerhin ist vorgesehen, etwa 50 Millionen DM zu investieren, um moderne Lehrstätten für 15 Lehrbereiche wie Elektroinstallateure und Klempner, Karrosseriebauer und Tischler zu errichten und fast 700 Ausbildungsplätze zu schaffen. Also das, was der Infrastruktur der Region und besonders der Stadt zugute kommt, sollte durch hohe Forderungen auf der Strecke bleiben. Nur gut, daß noch kurz vor Jahresende auch mit den Stimmen der PDS-Fraktion das Hickhack um das Ausbildungszentrum im "Südeck" beendet wurde.



DIKTATUR ist: Wenn Mißstände sich nicht ändern, weil niemand darüber reden oder schreiben darf. DEMOKRATIE ist: Wenn Mißstände sich nicht ändern, obwohl jeder darüber reden oder schreiben darf.



Kämpfen lohnt sich doch

Der Heilige Theo teilt meinen Mantel

Politfrühschoppen "Mietsteigerungen ohne Ende?"

Der Politfrühschoppen am 17. Januar stand unter dem Motto:

"Mietsteigerungen ohne Ende - sind wir machtlos dagegen?"

Gestaltet wurde das Thema von der Vorsitzenden des Mieterbundes Cottbus e.V., Frau Kircheis. Die Kurzantwort auf die Titelfrage: Weitere Mietsteigewerden letztlich rungen nicht verhinderbar sein, gegen deren einaber setzende Geschwindigkeit, die Höhe ihrer Auswirkungen und deren teilweise rechtswidrige Auswucherungen können und müssen

Im lebendigen Dialog mit den interessierten Teilnehmern des Frühschoppens konnte Frau Kircheis den durchaus nicht erfolglosen Kampf des Mieterbundes gegen ursprüng-lich weit überzogen vorgesehene Mieterhöhungsabsichten des Schwaetzer-Ministeriums und der Vermieterlobby an verschiedenen Beispielen deutlich ma-

sich die Mieter sehr wohl

wehren!

chen.

Kampf des Mieterbundes für die Interessen der ostdeutschen Mieter richtet sich vor allem auf die strikte Einhaltung der Festschreibung im Einigungsvertrag, den Mietzins im "Beitrittsgebiet" unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung schrittweise zu erhöhen.

Dieser Grundsatz durch die Bundesregierung permanent zu unterlaufen versucht.

Besonderes Augenmerk legt der Mieterbund deswegen in seiner künftigen Arbeit darauf, die Freigabe der Mieten ab 1995 sowie ein schon Auslaufen des schlecht genug abdämpfenden Wohngeldsondergesetzes zu verhindern.

Leider ist es so, daß der zivile Widerstand noch viel zu schwach zu spüren ist. Für sein ureigenstes Interesse auf bezahlbares und men-Wohnen schenwürdiges sollte jeder Mieter Eigeninitiative ergreifen und organisierten Protest unterstützen! Der Verlauf der

Diskussion bewegte mehrere Teilnehmer der Veranstaltung spontan dazu, ihren Beitritt zum Mieterverein zu erklären.

(Aus ND | Schrader)

Jeder Mieter ist ein potenzieller Wähler.

Die Bürger sollten deshalb vor allem die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises schriftlich auffordern, sich sichtbar für Mieterinteressen im hohen Haus einzusetzen. Vielleicht könnte das auch bei Herrn W o nn e b e r g e r soziale Aktivitäten auslösen!

Nach dem Verlauf des Frühschoppen könnte ich mir die engagierte und sympatische Vorsitzende des Cottbuser Mietervereins durchaus als Stadtverordnete in einer neu zu wählenden Cottbuser Volksvertretung mit dem Mandeat einer linken Liste vorstellen. Frau Kircheis hat das Zeug, Bürger - und Mieterinteressen wirksam zu vertreten.

S. Dilk



drücken

Machtlos gegen Wuchermieten ?

Es war in der ersten Hälfte des vorigen Jahres, als sich ein hiesiger Fotograf in ein Geschäft im Stadtzentrum einmietete, das zu DDR-Zeiten von e i n e r Firma bewirtschaftet wurde. Dann aber von s e c h s Firmen! Und da jede gut genutzte Geschäftsfläche auch jeden, sowohl dem Handwerker als auch dem Kunden und dem Vermieter nutzen soll. war das an und für sich eine gute Sache.

Bekanntlich aber steckt der Teufel im Detail. Die neuen Mieter waren schon eingezogen, da erst kamen die Mietbescheide. Und hatten sich gewaschen, denn anstelle der ortsüblichen Tarife, von etwa 30 DM je Quadratmeter in guter Geschäftslage, verlangte der Vermieter sage und schreibe 70 DM. Weit mehr, als im Zentrum Berlins!

Beschwerde einzulegen nutzt ja heutzutage wenig. Dennoch, der eingemietete Fotograf erhielt von der Stadtverwaltung "Rückendeckung". Man bescheinigte ihm, daß er sich an den ortsüblichen Tarif halten solle. Monat für Monat überwies der Handwerks-meister an den Vermieter -30 DM je Quadratmeter. Und ... holte sich prompt die Kündigung des schäftsraumes auf Tisch. Was blieb dem Fotografen ? Endweder zahlen oder räumen! Er zog das Letztere vor, baute seine Anlage aus und stellte dem Wuchervermieter den Geschäftsraum zur Verfügung. Der aber will nun klagen einerseits wegen Mietrückständen und dann auf Zahlung der Miete bis Mitte diesen Jahres, weil bis dahin Mietvertrag Wahrlich - nun schwappt mit den Wucherhaien ein weiteres Stück "soziale" Marktwirtschaft über.



ORB hat danebengetroffen

Was zu einer Kleingärtner-Sendung ergänzt werden muß

Die "Nische Kleingarten" war im Blickpunkt des ORB-Fernsehens. Aber übersehen wurde einiges, und manches bleibt zu ergänzen und richtigzustellen. Tatsächlich war die Sehnsucht zu DDR-Zeiten nach dem Gärtchen groß. Nicht nur die Kleingärtner, auch ihre Freunde und Nach-barn, sogar der Markt zehrten mit vom Ertrag. Je nach Zeit, Absicht und gutnachbarschaftlicher Hilfe entstanden Lauben recht unterschiedlicher Qualität. auch innerhalb einer Sparte. Mit den Ferienhäusern der und Politbüro-Staats-Promimenz allerdings gar nicht zu vergleichen...

Das Gemeinschaftsleben wurde durchaus nicht als Zwang empfunden, wie in der Sendung unterstellt. Es basierte auf selbstbeschlossenen Statuten, und vieles wurde jenseits des eigenen Gartenzaunes gemeinsam gestaltet. Anlagen, Heime,

Spielplätze...

Die staatliche Förderung für die Gestaltung von Kleingartenanlagen wurde von den Kleingärtnern durchaus anerkannt - das Bundeskleingartengesetz reglementiert da viel stärker! Vergessen wurden in der Sendung auch die vielen Beiträge der Kleingärtner im kulturellen Leben.

Der § 20a ergänzt nun das Bundeskleingartengesetz für die neuen Bundesländer. Aber ob die Festlegungen darin für die Existenz der Kleingartenvereine Dauer wirksam bleiben, weiß noch keiner. Alteigentümer fordern Rückgabe, die Überbauung mit Riesen-Centern läßt natürlich die Gemeindekassen schneller füllen, höhere Pachten, z.T. höher als in den Altbundesanlagen, vertreiben die Pächter, dazu Grundsteuer, ohne Eigentümer zu sein, eine Einschränkung der Größe, Besteuerung als zweiter Wohnsitz ...

Und dann der Clou der Sendung: Ab 19.30 Uhr soll Feierabend in den Kleingärten sein - laßt euch nicht etwa in der lauen Abendluft beim Grillen erwischen...

Eine total fehlerhafte Interpretation des BKG!

Gern hätte ich übrigens auch mal ein paar Bilder von Kleingärten aus den Alt-Bundesländern gesehen und von den Ferienhütten der Bonner Prominenz. Und wer mag heute wohl die DDR-Nobel-Datschen nutzen? Das alles blieb offen.

Gerhard Mahnhardt



Kanketur: Steffen Jahanowsk

Zitiert zur Zeit

Was ist es denn, das mich mit Gysi vereint? Daß ich mich zu den DDR-Jahren bekenne, und Gysi schämt sich auch nicht. Und ich möchte, daß alle anderen sich gleichfalls nicht schämen.

Peter-Michael Diestel, CDU

Ewiges Gedenken den Grenzsoldaten, die ihr Leben für die sozialistische DDR gegeben haben.

Michail Gorbatschow, Gästebucheintragung 1986

Man darf niemals irgendeine Ideologie verabsolutieren, welche es auch sein mag. Auch das allerbeste Ideal darf nicht zum Dogma werden, zu irgendeiner Heilslehre, die man dann mit Gewalt zu verwirklichen sucht. Niemals.

Tschingis Aitmatow, ND 7.11.92

泰本李

Wenn wir scheitern, frißt uns Mc Donald.

Christoph Hein am 20.11.1989

幸幸

Der "Bote" weiß alles: Feindbilder wie gehabt

Heinrich, mir graut vor Dir -Du bist jetzt so anders. Vorm Vierteljahr noch hatte Herausgeber und Chefredakteur Jürgen Heinrich aus dem Hause Cottbuser Generalanzeiger in seinem Anzeigenblatt "Der Bote" beim Kanzler-Trip nach dem Kraftwerk Jänschwalde "Den tapfer festgestellt: Deutschen geht es heute besser als jemals zuvor... Kohl irrte, was das Tempo und die Modalitäten der Wende betrifft, doch er irrte nicht im Grundsatz.

Nun liest man's etwas anders in J.H.s Leitartikel "Die schleichende Resignation". Denn er hat inzwischen die Umfrage eines großen deutschen Nachrichtenmagazins gelesen: 48 % der Ostdeutschen halten ihre jetzige Lage für schlechter als vor der Wende, 77 % fühlen sich als Bundesbürger zweiter Klasse, und 40 % - dahinter macht J.H. gleich drei Ausrufezeichen - der ehemaligen DDR-Bürger wäre es lieber gewesen, es hätte keine Wiedervereinigung gegeben.

Da kommt der frühere Cottbuser LDPD-Bezirksredakteur und spätere Berliner Anleiter der LDPD-Presse der DDR ganz schön ins Grübeln. "Solche Aussagen bestürzen... Schreck und Trauer überfallen mich...", schreibt er. I wo, er trauert nicht der DDR nach, die er ja so vehement nach der Wende als Unrechtsstaat bekämpft hat, wie er vor der Wende als Mitglied des Sekretariats des LDPD-Vorstandes in Cottbus seinen Blockparteienmann stand.

Und was folgert der wendige Heinrich nun aus dem
traurigen Umfrage - Ergebnis? Die anderen und die
alten sind schuld: es sind
"neben der wirtschaftlich
belemmerten Lage manche
Medien, politische Gruppierungen und untergetauchte
Macher von gestern", die

"mit viel Fleiß die neue deutsche Demontage" betreiben. Also die reine Presse- und Stasi-Schikane beim Aufbau-Ost-Jahrhundertwerk? Er setzt noch eins drauf bei der Ausmachung der Feinde: Das "Zerrbild des Unmuts", wie sich nun auch nach Heinrichs Überzeugung "dreivierte! der Menschen hier selbst sehen", wird "leider zunehmend dreister auch aus Amtsstuben genährt."

Absolut mutig, der Mann aus dem Hause des toten Generalanzeigers. Ich würde mir das als Verleger des Amtsblattes der Stadtverwaltung nicht leisten. E.S.



HORICE - WIEN - PARIS

Sicherlich keine der üblichen Sechstagefahrten!

Die AG POLIT.-TOURISMUS hat für das Jahr 1993 zahlreiche Angebote erarbeitet, um die politische Arbeit in den Basisorganisationen des Kreisverbandes zu unterstützen.

Das POLITCAMP vom 20. -23.05.1993 in der Tschechischen Republik soll Kultur, Sport, Erholung und politische Arbeit auf recht unkonventionelle Art und Weise miteinander verbinden. Auch der Erfahrungsaustausch mit anderen Kreisverbänden und Basisgruppen wird ein Schwerpunkt dieses Frühlingsausfluges zum Männertag sein.

Im Sommer wird es dann die ersten Möglichkeiten geben, ganz persönlich einige Urlaubstage bei französischen Genossen zu verbringen. Um dieses Reiseangebot noch weiter auszubauen, werden aber auch in Cottbus Quartiere gesucht, um die uns entgegengebrachte Gastfreundschaft zu erwidern. Auch die Pressefeststände der PDS in Wien und Paris warten auf die Aktivität unser Mitglieder. In Abstimmung mit dem Bundesvorstand wollen wir unser Herzblatt, in Verbindung mit anderen regionalen Zeitungen, und natürlich auch die Produkte des Spreewaldes den Besuchern näher bringen. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, mit einer Busreise als Tourist die Volks- und Pressefeste in Wien und Paris zu besuchen. Dies alles sind sicher nicht die üblichen Einkaufsfahrten, sondern ein ganz besonderes Erlebnis. Nähere Informationen sind über den Kreisvorstand und die Arbeitsgruppe POLIT-TOURISMUS zu erhalten.

Jeden Donnerstag von 16.00 - 17.00 Uhr Ortsverband Schmellwitz Telefon: 82 13 84

Nicht einsam bei Senioren - Reisen

So könnte ein Gespräch im Reiseklub vonstatten gehen

Guten Tag, ist das die Buchungsstelle des Reiseklubs für Semioren? Ja, was können wir für Sie tun? Wir möchten einige Tage, unserem Alter entsprechend, eine zehöne Gegend kennenlernen.

Was dachten Sie so? Darf es In- oder Ausland sein?

In jedem Fall bequem von Cottbus aus und sicher wieder zurück.

Also: im April nach Salzburg mit Wolfgangsee, Mond- und Attersee, oder nach Wien, in den Wienerwald.

Anfang Juni 7 Tage nach Venedig mit Zwischenübernachtung, damit es nicht zu anstrengend ist.

Oder darf es der Schwarzwald mit Strasbourg und Baden-Baden oder auch Rhein, Lahn, Mosel sein?

Im September ist ein Herbstfest im sonnigen Kärnten.

Das ist nicht alles, Sie können sich in unserem Prospekt informieren.

Das Motto des Reiseklubs für Senioren - Gemeinsam - nicht einsam - bewährt sich seit 2 Jahren. Im Preis sind Vollpension und alle Ausflüge, die im Programm stehen, sowie Versicherungen enthalten.

Was muß man noch beachten?

Mitglieder der Volkssolidarität oder des Reiseklubs für Senioren zahlen den im Prospekt ausgedruckten Preis, für Nichtmitglieder gibt es einen Aufpreis von DM 20,-.

Das ist ja prima! Wie kann man Sie erreichen? Buchen Sie rechtzeitig in der Rudolf-Breitscheid-Str. 69 in Cottbus. Dienstags und Donnerstags sind wir für Sie da.

Wir erwarten Sie. Ihr Reiseklub für Senioren Berlin in Cottbus

Die Maßvollen und die Maßlosen

Nun soll zum wiederholten Mal den gewiß von früher nicht verwöhnten Bürgern der neuen Bundesländer Maß genommen werden.

Die Maßvollen bestraft man schon durch geringere Löhne, wachsende Arbeitslosigkeit, befohlenen Vorruhestand, knapp bemessene Renten. Und nun sollen sie mit dem Solidarpakt weiter zur Kasse gebeten werden!

Künftig sollen Arbeitslosengelder und Sozialaufwendungen gekürzt, soll auf Lohnerhöhungen "verzichtet" werden. Die Maßvollen sollen den Gürtel enger schnallen - nicht jene, die auf den Geldsäcken sitzen oder wie die Bundestagsabgeordneten beispielsweise sich ab 1. Juli 92 rückwirkend Monat für Monat 500 DM mehr in die Tasche wirtschaften - 16 000 DM insgesamt. Oder die Vermögenden, die mit 5 Milliarden Mark aus der Steuerschuld entlassen werden. Das ist iene Summe, die für den Solidarpakt gebraucht würde. Die Maßlosen nehmen den Maßvollen Maß - wielange noch?

B.

Nicht vergessen - Jahresabonnement erneuern!

Ja, ich möchte ein Jahresabonnement des Herzblattes (12 Zeitungen für 10 DM). Ich möchte das Herzblatt ab Monat	
Name	Vomame
Str./Nr	PLZ/Ort
Basisgruppe:	••
Den Abo-Preis zahle ich	auf das Konto 0034009402 der Sparkasse Cottbus, BLZ 18052782 ein persönlich beim Kreisvorstand der PDS ein
T	DatumUnterschrift
Schicken Sie den Abo-Auftrag an den Kreisvorstand der PDS Cottbus, RBreitscheid-Straße 11, 7500 Cottbus.	



Wirtschaftlichkeitsgebot

Das für alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung geltende Wirtschaftlichkeitsgebot (§ 12 SGB V) umfaßt nunmehr andere haftungsrechtliche Konsequenzen für den Fall, daß eine Krankenkasse Leistungen ohne Rechtsgrundlage oder entgegen geltendem Recht erbringt.

Kostenerstattung

Künftig können die freiwilligen Mitglieder (und deren Familienangehörige) aller Krankenkassen anstelle des Anspruchs auf Sachleistungen die Kostenerstattung wählen. Näheres ist in der Satzung zu re-

Krankenversichertenkarte

Die Krankenversichertenkarte soll ab 01. 01. 1995 den Krankenschein ablösen. Die Erstausgabe und eine notwendige Neuausstellung, z. B. wegen Datenänderungen, ist für die Versicherten kostenlos. Bei selbstverschuldetem Verlust soll die Krankenkasse jedoch eine Gebühr von 10,- DM erheben.

Kostenübernahme bei Behandlung im Ausland

Hier wird insofern eine Lücke gefüllt, als jetzt auch die Kosten von Akutbehandlungen bei privaten Auslandsreisen erstattet werden können, wenn der Abschluß einer privaten Auslandsreise-Krankenversicherung wegen einer Vorerkrankung oder des Lebensalters nicht möglich ist (z. B. für Dialyse-Patienten). Der Anspruch auf Kostenerstattung ist auf einen Zeitraum von sechs Wochen pro Jahr und auf den Betrag begrenzt, der im Inland zu zahlen gewesen wate

Gesundheitsförderung

Der Appell an die Krankenkassen, bei der Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen mitzuwirken, wird verstärkt. Es wird jetzt notwendig werden, in Abstimmung mit den Unfallversicherungsträgern und Betrieben ggf. branchenbezogen — entsprechende Konzeptionen zu entwickeln.

Im Rahmen ihrer Aufgaben auf dem Gebiet der Grundheitsförderung können die Krankenkassen jetzt auch Selbsthilfegruppen und -kontaktstellen fordern.

Ausgegrenzt werden dagegen Leistungen zur Verhütung von Krankheiten wahrend eines nicht beruflich bedingten Auslandsautenthaits (z. B. Schutzimpfungen).

Zahnmedizinische Prophylaxe

Die als gemeinsame Aufgabe der Krankenversicherung durchzu!uhrende Gruppenprophylaxe in Kindergarten und Schulen

urch das Gesundheits-Strukturge-Setz wird auch eine Reihe von leistungsrechtlichen Vorschriften des SGB V geändert. Im folgenden eine Übersicht über die wichtigsten Neuregelungen.

wird um zahnärztliche Leistungen erweitert (Untersuchung der Mundhöhle, Erhebung des Zahnstatus).

Individualprophylaktische Maßnahmen können ab 01. 01. 1993 bereits vom 6. Lebensjahr an (Durchbruch der ersten Zähne) in Anspruch genommen werden, unabhängig davon, daß bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres die Maßnahmen in Kindergärten und Schulen die Basisprophylaxe bilden sollen.

Budgetierung der Ausgaben für stationäre Vorsorge- und Reha-Maßnahmen

Die in den letzten Jahren stark gestiegenen Ausgaben in diesem Leistungsbereich werden - wie für andere Leistungsbereiche — budgetiert, und zwar auf Basis der Ausgaben für 1991 (Sonderregelung für das Beitrittsgebiet). Der ermittelte Ausgangsbetrag darf lediglich entsprechend der Entwicklung der Beitragseinnehmen fortgeschrieben werden. Die Begrenzung gilt für drei Jahre. Sie wird unter Berücksichtigung des Grundsatzes "ambulant vor stationär" unter anderem zu einer strengeren Fallauswáhl zwingen.

Kieferorthopädische Behandlung

Der Anspruch auf Leistungen zur kieferorthopädischen Behandlung wird für Erwachsene (ab 18 Jahre) grundsätzlich ausgeschlossen (Ausnahme: schwere Kieferanomalien).

Für Kinder und Jugendliche bleibt der Leistungsanspruch in dem bisherigen Umfang erhalten. Abrechnungstechnisch ergibt sich insofern eine Änderung, als die Krankenkasse ihren Anteil (80 % bzw. 90 %) nicht mehr an den Versicherten, sondern an die Kassenzahnärztliche Vereinigung zu zahlen hat.

Zahnersatz

Auch beim Zahnersatz erfolgt eine Leistungsausgrenzung. Sie gilt für große Brücken zum Ersatz von mehr als vier

Zähnen im Frontzahnbereich bzw. mehr als drei Zähnen im Seitenzahnbereich. In diesem Falle darf die Krankenkasse auch nicht die (fiktiven) Kosten einer alternativen Versorgung (Teilprothese) erstatten. Leistungseinschränkungen gelten im übrigen auch noch für sogenannte Kombinationsversorgungen.

Der Anteil der Kasse ist - wie bei der kieferorthopädischen Behandlung -- künftig an die Kassenzahnärztliche Vereinigung zu zahlen

Arznei- und Verbandmittel

Die Zuzahlungsregelung wird in zwei Stufen neu geregelt:

Vom 01, 01, 1993 an wird die Zuzahlung nach dem Apothekenabgabepreis gestaffelt (bis 30,— DM = 3,— DM; bis 50,— DM = 5,— DM und über 50,— DM = 7,— DM).

Ab 1995 soll dann — bei gleichen Zuzahlungsbeträgen — eine Differenzierung nach Packungsgrößen erfolgen. Das Nähere wird eine Rechtsverordnung bestim-

Auch für empfängnisverhütende Mittel, die vor einigen Monaten für Versicherte bis zum vollendeten 20. Lebensjahr als neue Leistung eingeführt worden sind, ist ab 01. 01. 1993 eine Zuzahlung zu leisten.

In naher Zukunft soll per Rechtsverordnung eine Liste verordnungsfähiger Arzneimittel bestimmt werden. Die Grundlage dafür soll ein beim Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen neu einzurichtendes Arzneimittelinstitut erarbeiten.

Zuzahlung bei stationären Maßnahmen

Die Zuzahlung bei Krankenhausbehandlung bleibt wie bisher auf maximal 14 Tage im Jahr begrenzt, wird jedoch ab 01. 01. 1993 auf 11,- DM und ab 01. 01. 1994 auf 12,- DM pro Tag erhöht. In den neuen Bundesländern gilt ab 01.01. 1993 eine Zuzahlung von 8,- DM (ab 01.01.1994 = 9. - DM).

Die Zuzahlung ist auch für stationäre Kuren zu leisten.

Fahrkosten

Künftig können Fahrkosten, soweit sie 20,- DM je Fahrt übersteigen, auch bei ambulanter Behandlung (beim niederge-lassenen Arzt oder im Rahmen einer vorund nachstationären Krankenhausbehandlung) übernommen werden, wenn dadurch ein Krankenhausaufenthalt vermieden werden kann. Die Eigenbeteiligung der Versicherten (20,- DM je Fahrt) ist auch bei einer Serienbehandlung auf die erste und letzte Fahrt begrenzt.

35 Herzblätter - noch steigerungsfähig

"Bilanz neuen Denkens" mit dieser Überschrift veröffentlichten wir einen Artikel in der 1. Ausgabe 1993 "Drebkauer Stadtblatts". Zu unserer Jahresabschlußveranstaltung am 16. Dezember wurde über die geleistete Arbeit Abrechnung gehalten und die Aufgaben für das neue Jahr konkret formuliert. Im Bericht des Vorstands konnte der Vorsitzende auf regelmäßige Zusammenkünfte im Jahr 1992 hinweisen. Mit

Meine Nachbarn

Schönen Mutes nicht, Geschlagene, Ehrliches, Gutwilliges erhielten Stockprügel von Freiwilligen.

Im Land der Freiwilligen herrscht der Schlamm über dem Wasser, das Abgesetzte über den Reinen

ich erinnere mich: oben ist das Wasser klar, unten trägt der Schlamm.

U.R.

Zaren-Loks ...

In Rußland soll es nach der Oktoberrevolution die Forderung gegeben haben, alle Lokomotiven zu verschrotten und durch neue zu ersetzen, weil das doch zaristische seien. Die das wollten, wurden zum Teufel gejagt.

In der BRD gibt es seit 1991 öffentlich dokumentierte Forderungen, Bauwerke und Einrichtungen abzureißen, weil sie aus der DDR-Zeit stammen. Meist muß der Asbest als Grund herhalten, der aber natürlich auch in BRD-Bauten steckt.

Der Unterschied? Die Zaren-Loks führen noch Jahrzehnte. Die ersten DDR-Bauten sind schon unterm Abriß-Hammer...

G. Ma.

monatlich 35 "Herzblättern", die sich sicherlich noch steigern lassen, wollen wir die Politik der PDS nicht nur unseren Genossen, sondern auch unseren Sympathisanten näherbringen.

Besonders hob der Vorsitzende die gute Arbeit unserer Kreistagsabgeordneten und vor allem unserer Stadtverordneten und der Sympathisanten in den Ausschüssen hervor. Mit hoher Sach- und Fachkompetenz bewältigen sie, zum Wohle

vieler Bürger unserer Stadt, ihre Aufgaben. Wir danken ihnen für die geleistete Arbeit.

Hauptaufgabe im Jahr 1993 wird die Arbeit im Territorium der Amtsgemeinde Drebkau sein, um bei den künftigen Kommunalwahlen unsere Kompetenz zum Ausdruck zu bringen. Die Politik der PDS hat auch bei uns zunehmend an Akzeptanz gewonnen.

PDS Basisgruppe Drebkau

Viele sind die Partei

Als Gregor Gysi mitteilte, daß er nicht mehr für den Vorsitz in der Partei kandidieren werde, war ich anfangs enttäuscht. Wohl auch darum, weil er das Häuflein ehrlicher Linker um sich scharte und nicht vor dem Moloch Kapital in die Knie ging. Doch Gregor ist nicht alleine die Partei, er ist ein Genosse unter vielen. Freilich, ich hätte ihn gern wieder an der Spitze der Partei gesehen, doch wenn er sich voll und ganz der parlamen-

tarischen Arbeit widmet und dort die Interessen der Genossen vertritt, kann mir das nur recht sein. Jedenfalls wird nicht das eintreten, was so manche hoffen - eine kopflose Partei. Wir haben viele helle Köpfe unter uns und das ist gut so, denn vor uns steht eine Zeit harter Auseinandersetzungen mit jenen, die mit dem "Solidarpakt" den Sozialabbau betreiben.

auch die 1.5 Millionen

Rentner in den neuen Bun-

Hugo Kache

2 Millionen Betrogene

Ich zähle nicht zu den notorischen "Bild"-Lesern, doch wenn das Blatt irgendwo herumliegt, schau ich schon mal rein. Wie vor kurzem in die BamS, die mit riesigen Lettern schon auf der ersten Seite verkündete, daß 600 000 Bürger in den neuen Bundesländern von der Rentenversicherung nur mit geringen Vorschüssen abgespeist werden, weil die Beamten dieser Institution einfach nicht nachommen. die Rente zu berechnen. Doch es sind ja nicht nur die 600.000, die von der Bundesversicherungsanstalt Almosen abgespeist werden und angesichts der in die Höhe schnellenden Kosten sorgenvoll in die Zukunft schauen, es sind

desländern, die durch das Rentenanpassungsgesetz noch und noch beschissen werden. Weil sie sich in irgendeiner Form zumeist durch eigene Zahlungen eine Zusatzrente für das Alter sicherten, sind sie heute die Ausgegrenzten und Bestraften, denn sie sind von jeder Rentenerhöhung ausgeschlossen und erhalten schon seit Anfang 1992 nicht einen Pfennig mehr. Angesichts der steigenden Kosten der Versuch, die ehemals "Staatsnahmen" ins soziale Abseits zu stoßen. Diese 1,5 Millionen hat BamS schlicht beiseite geschoben!

B.M.





Wem nützt die Wandmalerei?

Vielleicht lesen auch einige von den Graffiti-Künstlern, oder wie immer sie sich nennen mögen, das Herzblatt. Ich hoffe nicht, daß sie meinen, sie seien überzeugende Agitatoren, denn "NAZIS RAUS" ist genauso verwerflich wie "AUS-LÄNDER RAUS". Es hieße ja, wir überlassen dieses Problem dem Ausland. Oder gar "TOD DEN NAZIS" - das bedeutet im Endeffekt Terror, der noch nie zu positiven politischen Ergebnissen geführt hat "NAZIS - WIR HAUEN EURE GLATZEN, BIS SIE PLATZEN" - das kann keines nachdenkenden Menschen Losung sein. Aber auch sinnvoller erscheinende Wandsprüche helfen in Wirklichkeit den Linken nicht Solche Wandschmierereien stoßen die weitaus meisten Menschen ab. auch die. die der Linken nahestehen, ihre Sympathisanten sind. Sie wohnen lieber in einer Stadt mit sauberen Wänden.

Wenn links und rechts sich ausschmiert, profitiert die Mitte und reibt sich die Hände. Das ist in Deutschland die vorwiegend CDU/CSU geführte Regierungskoalition, deren politische Ziele wir offenlegen müssen.

Deshalb wäre es eine sinnvolle Aufgabe für linke Wandmaler: Beseitigt eure eigenen Parolen und die der rechten (z.B. "DA BLEIBT DA") gleich mit.

Karl-Heinz Lehmann

BO 41



Mein Hinterhof

Hinterhöfe, so wollte es der Sozialismus, gehören abgeschafft. Wo ihm das nicht gelang, wurden sie durch das Wort Innenhof ersetzt. Sonne sollte rein und Grün, Spielplätze und Gärtchen, Bänke zum Schwatzen für die Alten am Tage und die Jungen abends und für die Grillabende der Hausgemeinschaft.

Mein Neu-Schmellwitzer Hinterhof hat erst spät im Jahr Sonne. Und er ist, seit der Sozialismus den Löffel abgab, nicht schöner geworden. Der Wind bläst den Wohlstandsmüll über den Platz, das bißchen Grün ist ungepflegt. Die Hälfte der Spielgeräte sind abgebaut worden, sie entsprachen wohl nicht den strengen BRD-Sicherheitsbestimmungen. Welche Sicherheitsbestimmungen verhindern, daß viele Kinder sich mittlerweile anders beschäftigen? Hort ist teuer. Sie werfen Knaller vor die Hauseingänge und drük-

ken ihre Zigaretten an den Klingeltafeln aus. Sie zünden in Haus oder Keller Feuerwerkskörper. Gegenüber mußte sich dieser Tage die Feuerwehr durch Rauchschwaden ins Haus kämpfen. Zwei kleine Helden hatten im Keller einen Brand entfacht. Wann brennt es bei uns? Der Keller steht voller alter Möbel - die Flammen hätten leichtes Spiel.

Doch wer sagt ein Wort, den Jungen und den Älteren? Gewiß, auch früher haben sich höchstens drei von zehn engagiert. Warum schweigen heute alle? Wer bückt sich noch nach dem Unrat auf der Wiese? In der Nr. 47 haben die Reste der Hausgemeinschaft am Neujahrstag den Silvestermüll auf Straße und Hof beseitigt. Wielange mögen die das noch tun? Wo geht es hin, das bißchen Miteinander?

argus

Was würde der alte Marx heute sagen?



So fragten wir Sie, liebe Herzblatt-Leser, in den vergangenen Ausgaben. Eine neue Unterschrift unter die Karikatur aus der Wendezeit war gefragt. Heute die Einfälle von Gerhard Mahnhardt:

- "Auf geht's, Kids! Nach zwei Schritten zurück nun neuen Anlauf holen!"
- So unrecht hatte ich ja nicht, stimmt's ? Die Frage "Was tun ?" müßt ihr aber selbst beantworten!
- Kohls Reden machten manches klar. Doch Klarheit braucht den zweiten Schritt - verändern!

Bonn ins Stammbuch

Anderen Unrecht anzutun ist schmählicher, als es selbst zu erleiden.

Plato

Die Wahrheit zu sagen, ist nicht schwer; schwer ist nur, die ganze Wahrheit zu sagen.

Leon Blum

"Ohne soziale Komponente in Herz und Kopf kann man wenig verändern."

Wolf Kayser in seinem letzten Interview im ORB

Anachronismus: Kriege werden geführt, um den Frieden zu erhalten...

Wer stark ist, verzichtet nicht gern auf Gewalt.

Was fehlt eigentlich noch, um aus der Umwelt eine Un-Weltzu machen?

Auch wenn Du nichts bestellst: Die vielen bunten Glanzpapier-Kataloge belasten die Umwelt, manches Gemüt und immer Dein Konto ...

Gerhard Mahnhardt

Herzliche Glückwünsche

zum Geburtstag den Genossen aus Schmellwitz

Robert Fink, Ingrid Bramer, Eckhard Opitz, Ursula Ludwig, Christel Böhm, Elisabeth Russek, Heidrun Rentzsch, Waltraud Trizinka und Jörg Hommel

sowie den Genossen Hedwig Kakrow aus Kolkwitz, Bruno Hannemann, Martha Kanitz, Paul Schuster aus Sandow, Charlotte Rowel aus Branitz und Johanna Kotte und Walter Müller aus Stadt-Mitte.

Kreisvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk, Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Kreisvorstandes, O-7500 Cottbus

Ankreuzen

und hin



Termine für Februar Sitzungen des Kreisvorstandes Cottbus der PDS

17. 02. und 03. 03. 1993 jeweils 17.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle PDS R.-Breitscheid-Str. 11

Politfrühschoppen der PDS jeweils im Club der Volkssolidarität

14. 02. 1993 - 10.00 Uhr
"Die globalen Probleme unserer Zeit
und die deutsche Außenpolitik"
Gast: Ivonne Kaufmann, Bundesvorstand der PDS, Abgeordnete des Europaparlaments

21. 02. 1993 - 10.00 Uhr
"Unsere Abgeordneten berichten und diskutieren"

28. 02. 1993 - 10.00 Uhr
"War der Sozialismus in Osteuropa
und in der DDR von vornherein zum
Scheitern verurteilt?"
Gast: Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg"

07. 03. 1993 - 10.00 Uhr Veranstaltung zum Internationalen Frauentag mit ausländischen Frauen als unsere Gäste

AG Polittourismus

14. 03. 1993 - 10.00 Uhr im Club der Volkssolidarität "Polittourismus -Reisen Gleichgesinnter. Was bietet die AG Polittourismus?"

Hinweis: In der ersten Märzhälfte finden die Stadtteilberatungen mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen statt. Ort und Termine werden mit der Einladung übergeben.

Informationsveranstaltung

15.Februar 1993 - 13.30 Uhr im Kulturhaus am Bonaskenplatz Zu aktuellen Fragen der Altersversorgung der Parteien

Redaktionsschluß:

02. Februar 1993

Nāchste Ausgabe



- blatt lesen